

Klausur: „Erfurter Programm“ (1891)

Q

Aus dem Erfurter Programm der SPD, 1891:

1875 schlossen sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) zusammen. Die Vereinigung wurde 1890 nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenannt. Auf ihrem Parteitag in Erfurt beschloss die SPD ein neues Programm, das Prognosen über die Zukunft des Kapitalismus mit konkreten demokratischen Forderungen verbindet:

Die ökonomische¹ Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen

- 5 Produktionsmitteln² bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier³, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden. [...]

Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – in

- 15 gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, dass der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen

- 20 Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde. [...]

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die

- 25 kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise

ein politischer Kampf. [...] Die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien [...].

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die

- 30 Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:
(1) Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts [...].

- 35 (2) Entschädigung für die gewählten Vertreter. [...]

(3) Direkte Gesetzgebung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. [...]

- (4) Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken. [...]

(5) Erklärung der Religion zur Privatsache.

(6) Weltlichkeit der Schulen. Obligatorischer⁴

- 45 Besuch der öffentlichen Volksschulen⁵. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung. [...]

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

- 50 (1) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages,

(2) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren,

- (3) eine ununterbrochene Ruhepause von
55 mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter,

Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich⁶ mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Erfurt. Berlin 1891, S. 15f.

¹ wirtschaftlich

² Mittel, mit denen eine Ware/Produkt hergestellt wird

³ Hier: Angehöriger der städtischen Unterschicht, lohnabhängig ohne eigenen Besitz, meist sehr arm

⁴ verpflichtend

⁵ Öffentliche Schule, unabhängig von Kirche etc.

⁶ Hier: der Staat

Aufgabenstellung

1. Fassen Sie die vorliegende Quelle nach den aus dem Unterricht bekannten Kriterien zusammen. (35 P.)
2. Erläutern Sie die Aussage der Quelle vor dem Hintergrund des historischen Kontextes. (40 P.)
3. Diskutieren Sie kritisch im Hinblick auf Ihre Ergebnisse aus Aufgabe 2 die in der Quelle aufgeführten Forderungen. (25 P.)

Verwendete Operatoren

zusammenfassen (AFB I)	historische Sachverhalte unter Beibehaltung des Sinnes auf Wesentliches reduzieren
erläutern (AFB II)	historische Sachverhalte durch Wissen und Einsichten in einen Zusammenhang (Theorie, Modell, Regel, Gesetz, Funktionszusammenhang) einordnen und diesen durch zusätzliche Informationen und Beispiele verdeutlichen
diskutieren (AFB III)	zu einer historischen Problemstellung oder These eine Argumentation entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt